



## Stipendien-Aufenthalt in Tadschikistan

vom 9. September bis zum 15. Oktober 2016

## **Islam und Islamismus in Tadschikistan**

Von Stephanie Rohde

Tadschikistan, vom 9. September bis zum 15. Oktober 2016



# Inhalt

1. Zur Person
2. Warum ausgerechnet Tadschikistan?
3. Islam in Tadschikistan
  - 3.1 Moscheen in Tadschikistan
  - 3.2 Inoffizieller und offizieller islamischer Klerus
4. Re-Islamisierung in Tadschikistan am Beispiel des Rashttals
  - 4.1 Berichte über Radikalisierungen im Rashttal
5. Anti-islamische Religionspolitik der tadschikischen Regierung
  - 5.1 Wenn die Moschee geschlossen und der Bart abgeschnitten wird
  - 5.2 Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt
  - 5.3 Machtkampf innerhalb der Regierung
6. Gefahr durch zunehmende Rekrutierungen
  - 6.1 Rekrutierungen des Islamischen Staats in Russland
  - 6.2 Salafisten in Tadschikistan
  - 6.3 Wie werden Tadschiken in Tadschikistan rekrutiert?
  - 6.4 Rekrutierung als Geschäftsmodell
  - 6.5 Gefahr durch Rückkehrer

7. Gründe für die Rekrutierungen

7.1 Armut und fehlende Bildung

7.2 Arbeitsmigration

7.3 Einschränkung der Religionsausübung und Unterdrückung der  
Opposition

8. Gefühlte vs. reale Bedrohung in Tadschikistan

9. Handlungsoptionen für die tadschikische Regierung

10. Einfluss von Regionalmächten in Tadschikistan

10.1 Russland beunruhigt durch drohende Radikalisierung in Tadschikistan

11. Wie reagieren westliche Regierungen und Institutionen auf die  
Bedrohung durch Extremisten?

12. Bilanz meiner Recherche

## 1. Zur Person

Auf der „falschen“ Seite des Rheins zur Welt gekommen – in gesunder Distanz zu Köln. In Freiburg, Isfahan und Berlin Politikwissenschaften, Philosophie, Geschichte, Islamwissenschaften und Zentralasienwissenschaften studiert, als man noch freier durch die Gegend studieren konnte. Anschließend Volontariat beim Deutschlandradio. Jetzt freie Moderatorin für die Informationen am Morgen im Deutschlandfunk, das Philosophiemagazin Sein&Streit im Deutschlandradio Kultur und WDR 5 Politikum. Zwischendurch längere Rechercheaufenthalte in Amman und Istanbul. Die kuriose Melange aus persischer Melancholie und russischer Lethargie in Tadschikistan kennengelernt auf einer früheren Reise durch Zentralasien. Ein großes Dankeschön an die Heinz-Kühn-Stiftung, die mir einen längeren Aufenthalt in diesem Land ermöglicht hat, um dieses Land weiter erkunden zu können!

## 2. Warum ausgerechnet Tadschikistan?

Warum ausgerechnet Tadschikistan? Das frage ich mich, als ich vor einer riesigen Melonenpyramide stehe, die im Zentrum von Duschanbe vor der Oper aufgetürmt wurde. Das Fundament bilden grüne Wassermelonen, weiter oben liegen kleinere gelbe Honigmelonen. „It’s a thing in Tajikistan“, erklärt mir eine junge Frau, die ein bisschen Englisch üben will. Das dachte sich vielleicht auch Präsident Rahmon, der Ende vergangenen Jahres das überdimensionierte Teehaus in Form einer länglichen Melone in Hisor eröffnet hat. Von weitem sieht es aus wie ein gold-gelber Football, der auf einen runden Säulenpalast geworfen wurde. Bei uns würde man das wohl „unkonventionelles Design“ nennen. Hier ist es klassische postsowjetische Herrschaftsarchitektur. Größtes Melonen-Teehaus der Welt. Immerhin wieder ein Superlativ, nachdem die Tadschiken den Titel der größten Flagge der Welt an die Saudis abgeben mussten.

Was mache ich nur hier? Was reizt mich an diesem Land? Vielleicht ist es die Exotik des Merkwürdigen und Unbekannten. Zentralasien ist für viele in Europa ein weißer Fleck auf der geistigen Landkarte, nur wenig ist darüber bekannt – und das was bekannt ist, erscheint auf den ersten Blick merkwürdig. Und genau das ist einer der Gründe, warum ich hier bin. Ich möchte den weißen Fleck mit etwas Farbe füllen, sodass man eine konkretere Vorstellung von Tadschikistan hat.

Merkwürdig ist zum Beispiel aus europäischer Sicht der Umgang mit dem

Islam: Der Präsident bezeichnet sich als gläubiger Muslim. Gleichzeitig legt die Regierung nahe, dass Frauen, die den islamischen Hijab tragen, Prostituierten ähnlich seien. Männern, die sich einen islamischen Bart wachsen lassen, wird dieser von der Polizei zwangsweise abgeschnitten. Darüber beschwert sich nur eine Minderheit – obwohl sich die Mehrheit der Tadschiken als muslimisch bezeichnen würde. Viele von ihnen trinken regelmäßig Alkohol und gehen nur selten in die Moschee. Wie passt das alles zusammen? Das ist eine der Fragen, die ich klären will.

Seit der Unabhängigkeit 1991 erlebt das Land eine schleichende Wiederbelebung muslimischer Wertevorstellungen. Allerdings wird diese Re-Islamisierung sowohl von der tadschikischen Regierung als auch von westlichen Regierungen vor allem unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten wahrgenommen. Auch wenn die meisten gläubigen Muslime in Tadschikistan einem gemäßigten, sogenannten Brauchtumsislam (urf) anhängen, ist die Gefahr einer Unterwanderung durch islamistische Gruppierungen nicht von der Hand zu weisen. Sich aber ausschließlich auf das sicherheitspolitische Problem des Extremismus zu konzentrieren, greift meiner Ansicht nach zu kurz. So kann man nicht nachvollziehen, warum sich immer mehr Menschen in Tadschikistan vom Islam angesprochen fühlen, nachdem diese Religion während der Zeit der Sowjetunion systematisch unterdrückt wurde. Außerdem geht darüber hinaus auch unter, ob und inwiefern die Wiederbelebung des Islams identitäts- und ordnungsstiftendes Potential für das Land birgt. Interessanterweise kommt islamischen Werten und Normen eine große Rolle zu, wenn es um politische Themen wie Bildung, Gesundheit und Erziehung geht, obwohl das Staatsverständnis nominell säkular ist und der Staat religiöse Autoritäten in den vergangenen Jahren systematisch eingeschüchtert hat.

Warum aber sollte uns in Europa das kümmern?

Meiner Meinung nach betrifft es uns direkt, zum Beispiel, wenn es um ein Erstarken von Extremisten geht, die nicht mehr nur regional agieren. Beim „Islamischen Staat“ in Syrien treten in letzter Zeit immer mehr Tadschiken in Erscheinung, die auch höhere Posten bekleiden. Und wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, betreffen uns von Terrorgruppen wie dem Islamischen Staat geführte, asymmetrische Kriege in Europa unmittelbar. Zudem besteht die Gefahr, dass Tadschikistan unbemerkt von afghanischen Taliban und anderen Gruppierungen unterwandert wird – und dann zum Sicherheitsproblem für ganz Zentralasien wird.

In meiner Recherche will ich herausfinden, was dran ist an der These, dass der tadschikische Staat die Gefahr durch Islamisten bewusst überzeichnet, um einen Vorwand zu schaffen, die Opposition zu unterdrücken und die eigene Macht zu konsolidieren. Neben der Frage, wie akut die Gefahr durch

Terroranschläge in Tadschikistan ist, will ich herausfinden, wie groß die Gefahr ist, dass Islamisten Moscheegemeinden in Tadschikistan unterlaufen und wie groß das Rekrutierungspotential ist. Werden sich mehr Tadschiken radikalieren, wenn die wirtschaftliche Lage sich weiter verschlechtert und beispielsweise die Bankenkrise voll ausbricht?

Bei meiner Recherche muss ich aus zweierlei Gründen vorsichtig vorgehen: Erstens ist es für Journalisten gefährlich, im Umfeld von Islamisten zu recherchieren. Zweitens versucht der tadschikische Staat, unabhängige Recherchen zum heiklen Thema Islamismus so gut es geht zu unterbinden. Zahlreiche tadschikische Journalisten, die unabhängig recherchieren wollten, wurden verhört oder inhaftiert. Um meine Informanten und mich zu schützen, nehme ich mit ihnen nur Kontakt auf, indem ich sie persönlich besuche oder das Treffen von einem Mittelsmann persönlich arrangieren lasse. Telefonanrufe oder Emails wären zu riskant, da einige meiner Gesprächspartner vom KGB überwacht werden. Einige Termine werden kurzfristig ohne Angabe von Gründen abgesagt. Manche Termine finden in einem fahrenden Auto statt, um den Eindruck zu erzeugen, es handele sich um eine normale Taxifahrt.

### 3. Islam in Tadschikistan

„In Europa habe ich den Islam gesehen, aber kaum Muslime. In Tadschikistan habe ich Muslime gesehen, aber keinen Islam.“ Das ist der Satz, der mich auf meiner Recherche begleitet hat. Ein alter Mann hat ihn mir gesagt, zu Beginn meiner Reise. Er erzählte mir stolz, dass er fünf Mal am Tag betet. Dafür gehe er oft in die Moschee, aber nicht immer. Er war schon mehrfach in Europa und habe dort beobachtet, dass es Moscheen gibt, aber man nur selten Muslime sehe. Hier sei das andersherum. Und das religiöse Leben hier sei ganz anders als man es aus anderen muslimischen Ländern im Nahen Osten kennt.

Das liege auch daran, dass der Islam hier während der Sowjetzeit unterdrückt worden sei. 95 Prozent der Tadschikinnen und Tadschiken bezeichnen sich als Muslime, wirklich strikt an die islamischen Vorgaben hielten sich aber dem Mann zufolge nur die wenigsten. Die meisten hätten eine Art eigenen Islam für sich gefunden, beteten wenn überhaupt nur einmal am Tag – und einige tranken sogar Alkohol.

Also laufe ich in Duschanbe herum. Muslime sehe ich viele. Aber den Islam?

Hören kann man ihn zumindest nicht. Anders als in anderen muslimischen

Ländern ist der Gebetsruf der Moscheen hier verboten, er darf nur innerhalb des Moscheegeländes erklingen, nicht außerhalb. Tadschikistan klingt also nicht nach Islam.

Draußen laufen Frauen meistens mit einem bunten Tuch um den Kopf gewickelt herum, sodass die Ohren und einige Haare noch immer sichtbar sind, oft guckt hinten auch ein langer dunkler Pferdeschwanz heraus – diese Art des Kopftuchs wird als das traditionelle tadschikische Kopftuch bezeichnet. Immer wieder gibt es aber Frauen, die ihr Kopftuch strenger binden, wie man es aus der Türkei kennt. Zu meiner Überraschung tragen auch jüngere Frauen oft ein solches islamisches Kopftuch – in ländlichen Gegenden häufiger als in der Hauptstadt Duschanbe.

Die Männer hingegen kleiden sich überwiegend westlich. In Städten laufen sie in schicken Anzügen herum und auch in ländlichen Regionen tragen sogar Schäfer Jeans und ein buntes T-Shirt oder eine Sportjacke. Bärte sieht man wenn überhaupt nur bei alten Männern, ganz selten haben junge Männer Bärte – warum wird mir noch ein junger Menschenrechtler erklären, dem der Bart zwangsweise abgeschnitten wurde.

Vor einer der vielen Universitätsgebäude in Duschanbe komme ich mit einer jungen Studentin ins Gespräch, die Jeans trägt und ein pinkes Top. Nach einer Viertelstunde Smalltalk erzählt sie mir, dass sie religiös ist, aber kein Kopftuch trägt und nur einmal am Tag betet. Wie geht das?, will ich von ihr wissen, ist das Kopftuch nicht Pflicht, wenn man eine gute Muslima sein will? Naja, sagt sie, das hängt davon ab. „Ich glaube, dass ich selbst abwägen muss, welche Regeln für mich Sinn ergeben und welche nicht. Es macht keinen Sinn, sich stur an alles zu halten, was wörtlich im Koran steht.“ Ihre Freundin nickt, sie ist auch gläubig, trägt aber auch kein Kopftuch, sondern Rock und Bluse.

Wie die beiden hier scheinen viele Frauen in Tadschikistan zu denken.

„Die meisten Tadschiken haben nach 80 Jahren Sowjetherrschaft keine Ahnung mehr, was den Islam eigentlich ausmacht“, sagt Herr Qalamdarf, ein Arabist in Duschanbe. Das Wissen über den Islam sei sehr begrenzt gewesen, das merke man auch heute noch. Die meisten Tadschikinnen und Tadschiken hätten gehört, dass Gott ihnen ihre Sünden vergibt. „Und so reden sie sich alles schön, wenn sie Alkohol trinken oder einen Diebstahl begehen; sie verstehen nicht, dass das unislamisch ist. Sie legen den Islam flexibler aus und denken, Gott würde ihnen alle Sünden verzeihen. Dem ist aber leider nicht so.“

Mit Bekannten hat Herr Qalamdarf eine Madrese betrieben, die eine Art Kulturzentrum war. Dort fand Islamunterricht statt, aber auch kulturelle Events. Vor eineinhalb Jahren musste die Madrese schließen. „Aus finanziellen Gründen“, sagt er, während mein Mikrofon an ist. Im Nachgespräch



finde ich heraus, dass die finanziellen Gründe nur vorgeschoben waren: Die Madrese war politisch nicht mehr erwünscht.

Ich berichte davon, dass viele gläubige Frauen hier das islamische Kopftuch ablehnen und stattdessen das „tadschikische“ vorzögen. Stimmt die Behauptung, dass das islamische Kopftuch nicht traditionell tadschikisch sei?

Herr Qalamdarf verneint das eindeutig. „Im Koran steht nicht, wie genau die Verhüllung aussehen soll, sondern nur, dass sie bestimmte Körperteile bedecken soll. Und das sei ja beim tadschikischen Kopftuch meist auch der Fall.“ Dass es inzwischen immer mehr Kopftücher türkischer oder arabischer Art gäbe, sei ein „Modernismus“. Auch gäbe es Frauen, die sich ganz bewusst in Schwarz kleideten. Allerdings sei das eine Iranisierung der Kleidung, in Tadschikistan trage man schwarze Kleidung traditionell nur in Zeiten der Trauer.

Herr Qalamdarf beobachtet Religiosität in Tadschikistan schon seit den 1980er Jahren. Seiner Ansicht nach haben viele Tadschiken nach dem Untergang der Sowjetunion zum Islam zurückgefunden. „Viele Tadschiken sind seit der Unabhängigkeit 1991 gläubiger geworden, was auch daran liegt, dass sie auf einmal die Möglichkeit hatten, in andere islamische Länder zu reisen. Islamische Gelehrte zum Beispiel konnten sich über theologische Probleme, aber auch religiöse Praktiken austauschen“, sagt er.

Ich will wissen, wie das Wissen über den Islam weitergegeben wurde in der Sowjetunion, als der Islam rigoros unterdrückt wurde. Herr Qalamdarf erzählt mir von den Bibi Otun, in einigen Gegenden auch Bibi Khalifa genannt. Dabei handelt es sich um Frauen, die man als autodidaktische Islamgelehrte bezeichnen kann. Bibi Otun geben ihr Wissen über den Koran weiter an ihre Schülerinnen, gleichzeitig fungieren sie als Ratgeber im Alltag. Bis heute konsultieren tadschikische Frauen Bibi Otuns, da sie ja nicht in die Moschee gehen können. „In den letzten Jahren habe es immer öfter Fälle gegeben, in denen Frauen sich als Bibi Otun ausgaben, weil sie sich davon gute Einnahmen versprochen. Und das hat der alten Institution der Bibi Otun geschadet. Aber es gibt sie noch immer in verschiedenen Gebieten Tadschikistans, vor allem im Süden“, sagt Herr Qalamdarf.

„Die Regierung schaut skeptisch auf das Phänomen Bibi Otun.“ Die Frauen würden sich in nicht-öffentlichen Räumen bewegen, dadurch könnte man nicht nachvollziehen, welche Inhalte sie ihren Schülerinnen vermittelten, so Qalamdarf. Das zeigt: Alte Traditionen der religiösen Wissensvermittlung haben die Zeit der Sowjetunion überdauert und leben auch heute weiter. Auch in Gesprächen mit anderen Frauen werden Bibi Otuns erwähnt, als Anlaufpunkte für Frauen, die mehr über den Islam herausfinden wollen.

Ich will verstehen, warum viele Tadschikinnen und Tadschiken aber-

gläubisch sind – und keinen Widerspruch darin sehen, sich vor Geistern zu fürchten, obwohl es im Islam nur den einen Gott gibt. In Gesprächen erfahre ich zum Beispiel, dass man sich mittwochs und samstags nicht duschen soll, weil sonst böse Geister geweckt würden. Warum, können sie mir nicht erklären. Ich treffe Barotzoda Faizullo, den Leiter des Instituts für Islamische Studien unter dem Präsidenten Tadschikistans in Duschanbe. Er erklärt mir, dass der Aberglaube der Tadschiken sehr alte Wurzeln im Zoroastrismus hat. Den Tadschiken selbst sei oft gar nicht bewusst, dass ihr Aberglaube auf zoroastrischen Traditionen beruhe. So sei der Mittwoch im Zoroastrismus der Tag der religiösen Rituale gewesen, an dem man sich darauf beschränken sollte, ein Opferfeuer zu entzünden. So erkläre es sich, dass einige Tadschiken mittwochs nicht duschen. Leider sei das Wissen um das Erbe des Zoroastrismus verloren gegangen. Viele zoroastrische Traditionen hätten sich auch mit russischem Aberglauben verbunden, so sei eine hybride Form des Aberglaubens entstanden.

Der Islam in Tadschikistan ist also mitunter beeinflusst von Formen des Aberglaubens, ohne dass die Menschen das als Widerspruch empfinden. Generell wird der tadschikische Islam auch als Brauchtumsislam bezeichnet, also als ein Islam, bei dem es nicht vorrangig um die religiösen Gehalte geht, sondern um die kulturellen Bräuche und Feste.

### 3.1 Moscheen in Tadschikistan

In den vergangenen Jahren gab es viele Berichte über Moscheen, die geschlossen wurden, seit 2011 sollen es mindestens 1.500 Moscheen gewesen sein. Trotzdem findet man in jedem Dorf noch eine Moschee.

Ich möchte mir Moscheen anschauen, die eine besondere Bedeutung für Tadschiken haben. Deshalb fahre ich in die Nähe von Hisor, um mir die Moschee von Maulana Yaqub Charkhi anzuschauen. Die Moschee ist benannt nach dem Islamischen Gelehrten und Sufi Meister Yaqub Charkhi. Sein Grab ist auch heute noch ein Pilgerort für viele tadschikische Muslime. Bereits als Tadschikistan noch Teil der Sowjetunion war, war das Grab, das sich auf dem Gebiet der „Lenin Kolchosa“ befand, ein Pilgerort. Einige hielten es sogar für den heiligsten Ort Tadschikistans.

Ein Imam sitzt im Schatten des kühlen Gartens. Für eine Spende bietet er ein persönliches Gebet an. Eine Frau nähert sich mit ihrem Kind, setzt sich hin und schildert ihr Problem. Der Imam nickt und zitiert dann eine Sure aus dem Koran. Anschließend beten sie gemeinsam. 5 Minuten später kommt die nächste Frau.

Eine sehr alte Frau läuft gebeugt im Garten der Moschee herum, vor dem

Eingang zum Grabmal von Maulana Yaqub Charkhi bleibt sie stehen und dreht um. „Da dürfen wir Frauen nicht rein, wir haben zu viel Schuld auf uns geladen.“ Damit liegt sie voll auf Kurs mit der Regierung, die es Frauen per Gesetz verboten hat, Moscheen zu betreten. Laut einer alten tadschikischen Tradition sollen Frauen weder Moscheen noch Friedhöfe betreten.

In der Sowjetzeit habe sie nicht gebetet, erzählt die alte Frau, aber in der inoffiziellen Madrese habe sie schon ein bisschen etwas über den Koran gelernt. „Damals wurde uns eine Wahrheit angeboten, heute eine andere.“ Auch wenn der Islam damals mehr unterdrückt wurde, vermisst sie die Sowjetzeit. Immerhin hätten damals alle gleich viel Geld gehabt und das System sei nicht so kaputt gewesen.

Einige Meter hinter ihr entdecke ich ein weiteres Grab aus dunklem Stein. Dort liegt der islamische Gelehrte Hendustani begraben. Was nicht auf dem Grabstein steht: Er war einer der Vordenker und Mitgründer der inzwischen verbotenen Partei der Islamischen Wiedergeburt in der Sowjetzeit. Das Grab ist unscheinbar, die wenigen Menschen, die hier sind, laufen am Grab vorbei ohne es anzuschauen.

Ich fahre nach Turkabad zur Mohammadi Moschee. Pünktlich zum Mittagsgebet komme ich an. Zum ersten Mal höre ich den Azan, den Gebetsruf. Gesetzlich sind die Imame verpflichtet, diesen nur über Lautsprecher im Gebetsraum der Moschee erklingen zu lassen, außerhalb der Moschee darf man ihn nicht hören. Wie mir der Arabist Qalamdarf erzählt hat, begründet die Regierung das Verbot des Azans damit, dass sich nicht-religiöse Menschen dadurch gestört fühlen könnten.

Zum Gebet an einem Samstagmittag kommen 30 Männer, viele von ihnen sind sehr alt. Bis vor einem Jahr war die Mohammadi Moschee eine Freitagsmoschee, tausende Gläubige kamen zum Gebet hier zusammen. Während die wenigen Männer beten, schaue ich mir die ehemalige Madrese an. Das Gebäude sieht aus wie ein Miniaturinternat – unten Klassenräume mit Teppichen ausgelegt, oben Schlafzimmer mit jeweils 4 Betten. Die Madrese musste vor einigen Jahren geschlossen werden, wie alle religiösen Ausbildungsstätten in Tadschikistan. Jetzt sitzt in den Räumen hier der Bezirksbürgermeister.

Nach dem Gebet habe ich die Möglichkeit, mich mit dem Imam kurz zu unterhalten. Ich finde heraus, dass Turkabad der Wohnort der Familie des Vorsitzenden der Partei der Islamischen Wiedergeburt ist. Ob es in dieser Gemeinde viele Strenggläubige gibt, die sich radikalieren, will er mir nicht beantworten. In den vergangenen Monaten wurden sehr viele Imame abgesetzt und durch staatsnahe Imame ersetzt.

### 3.2 Inoffizieller und offizieller islamischer Klerus

„Es gibt drei Gruppen von Imamen“, sagt der Arabist und Islamwissenschaftler Qalamdarf. Die erste Gruppe bilden die wirklich religiösen und gebildeten Imame, die zweite diejenigen, die weder religiös noch weltlich ausreichend gebildet sind und die dritte Gruppe besteht aus denjenigen, die extrem sind, religiös wie politisch.

In Duschanbe treffe ich Parvis Mullahjunov in einem leeren Restaurant an der Hauptstraße in Duschanbe. Er will draußen sitzen, obwohl ich ihn darauf hinweise, dass der Geheimdienst KGB dann bestimmt auf unser Interview aufmerksam wird. „Die bekommen das eh mit, egal ob wir draußen oder drinnen sitzen“, sagt Mullahjunov lakonisch. Bis im vergangenen Jahr hat er laut eigener Aussage oft teilgenommen an Veranstaltungen der inzwischen verbotenen Partei der islamischen Wiedergeburt. Er hat die Diskussionen als Beobachter „kritisch begleitet“, wie er sagt, war aber nie Mitglied der Partei.

Mullahjunov zufolge wurde der Islam in Zeiten der Sowjetunion wesentlich rigider unterdrückt als in der heutigen Zeit. „Damals wurde der Islam allerdings nur oberflächlich unterdrückt. Es gab so etwas wie einen inoffiziellen Klerus. Und dieser Klerus bildete das Fundament für das Erstarken des Islam in der Phase der Perestroika.“

Der traditionelle, sufistisch orientierte „Klerus“ habe sich schon immer mit der Regierung arrangiert, auch in der Sowjetzeit, sagt der Experte Mullahjunov. Diesen Konformismus der moderaten islamischen Gelehrten könne man auch in der aktuellen Situation wieder beobachten.

„Die bekannten islamischen Führungsfiguren – also Imame – haben einen Kompromiss mit der Regierung gefunden. Solange sich ihre finanzielle Situation nicht verschlechtert, können die Imame in einem begrenzten Rahmen frei agieren. Auch wenn sie der Religionspolitik des Staates oft nicht zustimmen, haben sie sich damit arrangiert. Generell kann man sagen: Die Imame fürchten sich mehr vor den Salafisten als vor der Regierung.“

#### **4. Re-Islamisierung in Tadschikistan am Beispiel des Rashttals**

Um das schwierige Verhältnis der Imame und der Gläubigen generell zur formal säkularen Regierung zu verstehen, lohnt ein Blick auf die zurückliegenden Jahre des Bürgerkriegs. Als der 1992 in dem gerade unabhängig gewordenen Tadschikistan ausbrach, unterstützten viele Menschen die islamische Opposition, die gegen die Front von Rahmon Nabiyeu kämpfte, der vor allem von der Bevölkerung im Süden des Landes unterstützt wurde. Der islamische Widerstand fand vor allem im östlich gelegenen Rashttal in der Nähe zu Kirgistan seine Anhänger. Das hat viele bis heute geprägt. Vor eini-

gen Jahren gab es Aufstände im Rashttal gegen die Regierung in Duschanbe. Seitdem soll der KGB die Region besonders intensiv überwachen, um ein weiteres Aufbegehren zu verhindern.

Ich möchte nach Rasht fahren, um dort mehr über die Re-Islamisierung der Tadschiken zu erfahren. Auf der fünfstündigen Autofahrt fahren wir durch viele Dörfer. Wir halten unter anderem in Faizobod. Hier tragen auffällig viele Frauen ein islamisches Kopftuch, anders als in Duschanbe sehe ich hier keine einzige Frau ohne Kopftuch. Wir fahren weitere vier Stunden auf der Schotterpiste Richtung Garm, atemberaubende braun-rote Berglandschaften ziehen an uns vorbei. Immer mal wieder bremst der Fahrer plötzlich, weil vor uns eine Schafherde läuft. Im Herbst wandern sie aus dem Pamir in den Süden, um dort zu überwintern. Mitte September sind die Straßen auf dem Weg zum Pamir deshalb voller Herden.

Nach fünfeinhalb Stunden Fahrt für 170 Kilometer Strecke kommen wir in Garm an. Eigentlich wollte ich in der Provinzhauptstadt, die faktisch aus einer Hauptstraße besteht, den obersten Imam der Region treffen. Allerdings erfahre ich, dass er Garm verlassen musste. Warum kann man mir nicht erklären. Über eine Bekannte wird mir eine Frau vermittelt, die bereit ist, über Religion in Tadschikistan zu sprechen. Das ist eine seltene Gelegenheit, fast niemand erklärt sich bereit, offen darüber sprechen – vor allem in dieser Region, die seit dem Bürgerkrieg als stramm islamisch beäugt wird.

Ich treffe die Frau in einem Auto. Sie trägt ein buntes traditionelles Kopftuch, dazu Sandalen mit gepunkteten Socken. Ihr breites Lächeln offenbart eine Front von Goldzähnen. Sie hat dem Interview nur zugestimmt unter der Bedingung, dass sie anonym bleibt. Das ist mutig von ihr, denn Garm wird besonders stark vom Geheimdienst überwacht.

Die Frau erzählt mir, dass sie auch in der Sowjetunion gläubig war. Öffentlich konnte man seinen Glauben nicht zeigen. Als Tadschikistan noch Teil der Sowjetunion war, erzählt sie, sei sie während der Fastenzeit in der Schule gezwungen worden, zu essen und zu trinken. Mit solchen Methoden wollte die Führung verhindern, dass Menschen ihren Glauben praktizierten. Dementsprechend habe es auch kaum Orte für islamische Bildung gegeben. Das spürt man bis heute. „Wir sind Muslime, aber uns wurden die muslimischen Regeln nicht beigebracht in der Kindheit. Wir beten, wir fasten, aber wir verstehen viele Dinge nicht von Grund auf. Erst nach dem Ende des Bürgerkriegs haben wir ansatzweise gelernt, wie man wirklich islamisch lebt.“

Allerdings könne sie auch verstehen, warum viele Menschen Vorbehalte vor allem gegenüber dem politischen Islam haben. Hier im Rashttal hätten viele der religiösen Anführer im Bürgerkrieg schreckliche Massaker verübt. „Wir haben gesehen, wie unislamisch diese sogenannten islamischen Füh-

rungspersonen sein können. Deshalb lehnen viele die Idee einer islamisch geprägten Staatsführung ab.“

Die Frau selbst trägt keinen Hijab. „Wir haben den traditionell nicht getragen und es wäre auch eine Einschränkung meiner Freiheit, die ich ablehne. Und im Koran soll irgendwo stehen, dass Frauen sich verhüllen sollen, aber niemand kann das beweisen, soweit ich weiß. Eine Muslima sollte durch ihr Verhalten zeigen, dass sie gläubig ist, nicht durch ihre Kleidung.“ Und zum Verhalten gehört unter anderem auch, dass man kein Alkohol trinkt. Daran halte sie sich. „Aber niemand verbietet es uns, Alkohol zu trinken.“

Sie habe beobachtet, dass Menschen in Tadschikistan in den vergangenen Jahren religiöser geworden seien. „Die Regierung fördert den Islam überhaupt nicht, aber trotzdem haben Menschen das Gefühl, dass sie beten wollen. Aber jeden Tag fünf Mal, das schaffen viele nicht. Und die Moscheen sind oft leer, außer zum Freitagsgebet – da kommen viele Männer zum öffentlichen Gebet.“

#### **4.1 Berichte über Radikalisierungen im Rashttal**

Erstaunlich offen berichtet die Frau, dass ihr auch Rekrutierungen von Tadschiken durch Islamisten zu Ohren gekommen seien. „Ich habe schon mehrfach von Familien gehört, dass Menschen von hier nach Syrien gegangen sind und sich dem Islamischen Staat angeschlossen haben – und dort getötet wurden.“ Man erfahre in der Nachbarschaft davon, dass Männer als Kämpfer in Syrien gestorben sind, weil die Witwen dann neu verheiratet werden müssten. Und das sei hier inzwischen häufiger der Fall. Deshalb sagten Eltern zu ihren Söhnen, die zum Arbeiten nach Russland gehen: „Arbeite und komm dann zurück, schließ dich keiner extremistischen Gruppierung an.“

Vor kurzem sei ihr Taxi auf dem Weg nach Duschanbe von Männern angehalten worden, die ins Nachbardorf wollten. „Sie haben uns erzählt, dass die Moschee in ihrem Ort geschlossen wurde und sie ins Nachbardorf fahren müssen, um in die Moschee zu gehen. Angeblich hat es dort islamistische Aktivitäten gegeben.“

Nach dem Gespräch setze ich mich mit meinem Fahrer ins Auto und wir fahren die gleiche Strecke entlang, zwischen Garm und Navdonek nehmen wir einen Mann mit, der an der Straße steht und auf eine Mitfahrgelegenheit wartet. Der Mann bestätigt, dass die Moschee im Nachbardorf geschlossen wurde. Sie war nicht offiziell angemeldet.

In Tadschikistan muss jede Moschee offiziell vom Religionskomitee re-

gistriert werden. Dafür prüfen die Sicherheitsbehörden genau, wer in der Moschee was predigt und welche Gläubigen dorthin gehen. Wenn es sich um Imame oder Gläubige handelt, die auch nur im Verdacht stehen, radikal zu sein, bekommt die Moschee keine Zulassung. Wenn sich die Gläubigen trotzdem in der inoffiziellen Moschee versammeln, wird diese mit Verweis auf die fehlende Registrierung geschlossen. Wenn die Moschee nicht offiziell registriert ist und sich trotzdem Menschen dort versammeln ist das ein Anzeichen dafür, dass es sich um Gruppierungen handelt, die nicht so sehr dem traditionell tadschikischen hanafitischen, sondern eher dem salafistischen Islam anhängen.

Wir nehmen einen weiteren Fahrgast mit, der ins nächste Dorf möchte. Auch er bestätigt, dass die Moschee geschlossen wurde wegen „besorgnis-erregender Aktivitäten“. Ich will in das Dorf fahren und mit den Menschen dort sprechen. Mein Fahrer rät mir dringend davon ab, niemand würde über dieses Thema mit einer ausländischen Journalistin sprechen wollen, vor allem nicht die Betroffenen.

Also fahren wir zurück nach Garm. Ich besichtige die große Dorfmoschee, die auf einer Ebene gebaut, einen spektakulären Blick über den Fluss auf den Pamir bietet. Der Imam der Moschee bestätigt mir, dass in den vergangenen Jahren wieder mehr Männer in die Moschee kommen würden. Aber so richtig voll werde es nur zum Freitagsgebet.

Ich übernachtete in Garm bei einer Witwe, deren Mann im Bürgerkrieg umgekommen ist. Sie wohnt in einem Haus, das einer Baustelle gleicht. Ein Teil des Hauses ist eingestürzt und muss neu aufgebaut werden, dafür allerdings fehlt ihr das Geld.

Beim Essen erzählt sie mir, dass hier fast alle religiös seien, die meisten aber zuhause beteten. Sie habe nicht das Gefühl, dass die Regierung den Islam unterdrücke, man könne hier frei als Muslima leben. Dass sie als Frau nicht in die Moschee gehen könnte, sei für sie kein Problem. „Das ist halt Männersache“. Schwierig würde es nur, wenn man ein Problem habe, das man gerne persönlich mit einem Imam besprechen wollte. Was tut sie dann, frage ich sie. „Beten und hoffen, dass es sich löst.“



## 5. Anti-islamische Religionspolitik

### 5.1 Wenn die Moschee geschlossen und der Bart abgeschnitten wird

Das Frauen nicht in die Moschee gehen dürfen, ist Teil der restriktiven Religionspolitik der Regierung. Schon 2009 hat die Regierung die Religionsfreiheit eingeschränkt, so dürfen Frauen in öffentlichen Gebäuden keinen Hidschab tragen und Minderjährige nicht in die Moschee gehen. Männer im Alter von 16-18 hatten bisher die Möglichkeit, sich in Islamschulen (Madrasas) Wissen über den Islam anzueignen. 2009 ordnete die Regierung an, die 19 Madrasas in Tadschikistan schrittweise zu schließen, mit der Begründung, dass auf diesem Weg die Radikalisierung von Jugendlichen verhindert werden könnte. Im September 2016 wurde die letzte Madrasa auf Anordnung der Regierung geschlossen. In staatlichen Schulen wurde im Zuge der Schließung der Madrasas das neue Schulfach „Religionsgeschichte“ eingeführt. Dieses Schulfach lehrt vor allem die Geschichte des in Tadschikistan vorherrschenden hanafitischen Islams. Die Regierung begründet die Schließungen von Madrasas damit, dass deren Lehren nicht mit den „modernen Standards der staatlichen Islamlehre“ übereinstimmen. Das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen kritisierte daraufhin die Einschränkung der Religionsfreiheit durch die Regierung. Um zu verstehen, warum die Regierung so gegen den Islam vorgeht, treffe ich Sherali Rizoyev, der im Zentrum für strategische Studien in Duschanbe arbeitet, einer Einrichtung des Präsidenten Tadschikistans. Er verteidigt die Schließung der Madrasas. „Die Madrasas wurden in Übereinstimmung mit einem neuen Gesetz geschlossen, das vorsieht, dass der Staat die weltliche und die religiöse Bildung regelt. Da die betroffenen Madrasas nicht bereit waren, die staatlich verordnete moderne Islamlehre zu übernehmen, mussten sie geschlossen werden. Es gibt jetzt noch eine staatliche Madrasa in Duschanbe, die Teil der Fakultät der Islamischen Universität ist.“ Rizoyev verweist auf die Probleme, die andere Länder im Nahen Osten mit der Radikalisierung hätten. „Der tadschikische Staat legt Wert darauf, dass der Glaube der Bürger gesund bleibt und nicht extrem wird. Deshalb ist es richtig, die religiösen Bildungseinrichtungen einer staatlichen Kontrolle zu unterstellen. Nur unter staatlicher Aufsicht kann der traditionelle hanafitische Islam bewahrt werden.“ Außerdem habe die Regierung auch Aufklärungsarbeit gestartet, in Schulen und Universitäten würden die Tadschiken darüber aufgeklärt, welche Gefahr von Islamisten ausgeht. „Darüber hinaus wird darauf aufmerksam gemacht, dass die wenigen tadschikischen Islamisten, die aus Syrien zurückgekehrt sind, in Interviews mit staatlichen Medien gesagt haben, dass Daesh nichts mit Islam zu tun hat.“



Wesentlich kritischer sehen das Gläubige, wie ein Journalist aus dem Norden des Landes. Die noch existierenden Moscheen würden vom KGB mit Videokameras überwacht und den Imamen vorgegeben, was sie beim Freitagsgebet predigen sollen, erzählt er mir. Er berichtet, dass man in der Moschee niemals über Politik spricht – auch, weil man der Regierung keinen Vorwand liefern möchte, die Gläubigen als politisch motiviert und radikalisiert darzustellen.

Wenn sich ein Imam gegen die staatlich vorgegebene Linie wehrt, wird er durch einen weniger kritischen Vorbeter ersetzt. Zu den prominentesten Fällen gehört die Inhaftierung von 6 Imamen von Freitagsmoscheen in der Sugd Region im Norden des Landes im März 2016 – und das obwohl alle die Zulassung für Imame von dem Religionskomitee der Regierung in Duschanbe bekommen haben sollen.

Eine weitere Technik der Einschüchterung scheint das Abrasieren von Bärten zu sein. Berichten von Al-Jazeera zufolge sollen 13.000 Männern in Tadschikistan der Bart abrasiert worden sein. Außerdem wurden 160 Läden, die muslimische Kleidung verkaufen, geschlossen, um „ausländische“ Einflüsse zu minimieren.

Ein Menschenrechtsaktivist aus Khujand im Norden Tadschikistans bestätigt mir, dass jungen gläubigen Männern dort systematisch der Bart zwangsweise abgeschnitten wurde. Ihm selbst ist das im Jahr 2015 passiert. „Als ich nach einer Konferenz auf dem Weg nach Hause war, wurde ich von mehreren in zivil gekleideten Polizisten angesprochen, warum ich einen langen Bart trage. Ich habe ihnen gesagt, dass ich gläubig bin.“ Daraufhin haben die Polizisten verlangt, den Bart abzuschneiden. Er weigerte sich. „Dann haben mich mehrere Männer in ein Auto gezerrt und mich zur Polizeistation gefahren. Dort haben sie mich mit aller Kraft festgehalten und mir meinen Bart abrasiert, ich konnte mich nicht wehren. Ich habe ihnen danach gedroht, dass ich Journalisten davon erzählen werde, da haben sie nur gelacht und meinten: Mach doch.“

Am nächsten Tag hat der Menschenrechtsaktivist, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben will, einen Beschwerdebrief an den Innenminister geschrieben. „Sie sollten mir eine Begründung liefern, weshalb sie mir gegen meinen Willen den Bart abrasiert haben. Die Begründung war eine glatte Lüge. Aber immerhin: Seitdem sind die Vorfälle seltener geworden, zumindest in Khujand.“

Auch hat es Kampagnen gegen das Tragen des islamischen Kopftuchs, des Hijab gegeben. Diese Kopfbedeckung sei unislamisch. Im Norden des Landes soll die Polizei laut Zeitungsberichten sogar eine Statistik darüber geführt haben, wie viele Frauen den islamischen Hijab tragen.

Das Vorgehen des Staates gegen die Religiosität der Bevölkerung kritisiert der Extremismus-Experte Parvis Mullahjunov. „Wenn die Regierung den Islam nicht so vehement unterdrücken würde, hätten Extremisten keine Aussicht auf Erfolg in Tadschikistan. Die Antireligionspolitik der Regierung schafft erst die Möglichkeit für Islamisten, sich in Tadschikistan auszubreiten und ihre Propaganda zu verbreiten.“

Die Islamisten würden genau diese Unterdrückung des Islam für sich instrumentalisieren. In ihren Propagandavideos würde das Vorgehen gegen verschleierte Frauen genauso kritisiert wie die Tatsache, dass Minderjährige keine Moschee besuchen dürfen.

## **5.2 Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt**

Im September 2015 wurde die einzig ernstzunehmende Oppositionspartei, die Partei der islamischen Wiedergeburt, verboten. Der Präsident behauptete, die Partei habe Angriffe von bewaffneten Gruppen auf Polizisten im vergangenen Jahr finanziert. Das sei ein Beleg dafür, dass die Partei extrem sei und Terroristen unterstütze. Unabhängige Belege dafür gibt es bislang keine. Die Partei wird von vielen westlichen Experten, wie der Stiftung Wissenschaft und Politik, als gemäßigt eingeschätzt. Auch der gut vernetzte tadschikische Politologe und Journalist Saimuddin Dustov hält den Vorwurf, die Partei fördere den radikalen politischen Islam für haltlos. „Aus den höheren Gremien der verbotenen Partei kenne ich 15 Mitglieder, von denen 10 überhaupt nichts mit den Ideen eines politischen Islam anfangen können.“ Die anderen seien dem politischen Islam zugeneigt, aber keinesfalls als radikal einzuschätzen.

Im September 2015 hat die tadschikische Regierung eine Kampagne zur Massenverhaftung von Mitgliedern der Partei der islamischen Wiedergeburt begonnen. Daraufhin wurden Dutzende Führungsmitglieder verhaftet, mitunter sind laut Human Rights Watch auch Verwandte der Parteimitglieder verhaftet worden. Insgesamt sollen rund 200 Parteimitglieder in Untersuchungshaft sein.

Laut einem Vertreter von Human Rights Watch hat die tadschikische Regierung friedliche Anhänger der Opposition teilweise sogar gefoltert. Auch im Exil lebende Oppositionspolitiker wurden gekidnappt oder sind unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen.

Und nicht nur gegen viele Parteimitglieder, auch gegen deren Anwälte geht die Justiz vor. Einer der prominentesten Fälle ist der des Menschenrechtsaktivisten und Anwalts Buzurmehr Yurov, der am 29.09.2015 von der

Polizei aufgegriffen wurde und seitdem in Untersuchungshaft sitzt. Im Januar 2016 wurde das Verfahren gegen ihn eröffnet.

Yurovs ärmliches Haus liegt kurioserweise zwischen dem überdimensionierten Domizil der Tochter des Präsidenten und einer Militärkaserne. Weil Yurov noch immer in Untersuchungshaft ist, wohnt dessen Vater dort, um zu verhindern, dass das Haus nachts von Plünderern oder Geheimdiensten heimgesucht wird. Yurovs Vater Ravshan Yurmuhammad berichtet mir, wie Vorwürfe gegen seinen Sohn konstruiert wurden, um ein Verfahren gegen ihn zu eröffnen. Da wurden vermeintliche Klienten von Yurov im Fernsehen vorgeführt, die ihm Betrug vorwarfen.

Der Anwalt Yurov wurde daraufhin wegen Betrug angezeigt. Gegen vier weitere Anwälte, die teilweise Mitglieder der Partei der islamischen Wiedergeburt vertreten haben, wurde auf ähnliche Weise ein Verfahren eingeleitet. „Mein Sohn hat niemals mit den Inhalten der Partei sympathisiert“, beteuert der Vater. „Die Justiz hat bis heute auch keinen Beleg dafür vorlegen können, dass er Anhänger der Partei der islamischen Wiedergeburt war.“ Ravshan Yurmuhammad hält es für konstruiert, dass auf dem Computer eines Freundes von Buzurgmehr Yurov ein Dokument der Partei gefunden wurde, mit dem die angebliche Nähe des Anwalts zum Gedankengut der Partei vor Gericht belegt werden soll. Die Verhandlungen finden nicht-öffentlich statt. Yurov darf sich seinen Verteidiger nicht selbst aussuchen, wogegen er protestiert hat. Gute Anwälte, die sich politischer Fälle annehmen, gibt es so gut wie gar nicht mehr, seitdem die tadschikische Regierung die Unabhängigkeit der Anwälte gesetzlich eingeschränkt hat. Im November 2015 wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach alle Anwälte ihre Zulassung alle fünf Jahre erneuern lassen müssen – vom Justizministerium statt wie früher vom Anwaltsverein.

Yurovs Vater hat sich darauf eingestellt, dass der Prozess lange dauern wird. Aber er bleibt optimistisch: „Am Ende kommt mein Sohn frei.“ Wenige Wochen nach unserem Gespräch wird Buzurgmehr Yurov zu 23 Jahren Haft verurteilt wegen umstürzlerischer Aktivitäten. Der Anwalt Yurov ist nicht der einzige, mehrere prominente Mitglieder der islamischen Wiedergeburtspartei wurden schon zu langen Haftstrafen verurteilt, bei anderen laufen die Prozesse noch.

Interessanterweise war Yurovs Vater Ravshan Yurmuhammad selbst oft mit dem Präsidenten auf Reisen in seiner Funktion als Schriftsteller. Sei der Präsident gläubig, will ich von Yurmuhammad wissen. „Ich habe den Präsidenten nie beten gesehen, ich weiß nicht, ob er gläubig ist oder nicht. Aber er zollt den Muslimen Respekt. Und das muss er auch tun, schließlich ist er Präsident eines Landes, in dem über 90 Prozent der Menschen muslimisch sind.“ Auf die Frage, ob es nicht respektlos vom Präsident sei, nahe zu le-

gen, dass Frauen, die den Hijab tragen, Ähnlichkeit mit Prostituierten hätten, antwortet er nur: „Der Hijab gehört traditionell nicht nach Tadschikistan und ist deshalb nicht erwünscht.“

Trotz mehreren Hausbesuchen und vielen Überredungsversuchen will keiner der wenigen ehemaligen Parteimitglieder, die nicht im Gefängnis sitzen, mit einer ausländischen Journalistin reden. Die meisten würden vom KGB rund um die Uhr überwacht, erzählt mir der ältere Mann. Auf den Straßen vor ihren Häusern hätte der KGB Videokameras angebracht.

Ich treffe einen älteren Mann, der im Norden des Landes bei Kommunalwahlen im Jahre 2010 für die Partei der islamischen Wiedergeburt kandidiert hat, laut eigener Angabe aber ohne jemals offiziell Mitglied gewesen zu sein. Jede seiner öffentlichen Veranstaltungen sei von KGB Geheimdienstmitarbeitern besucht worden. Während des Wahlkampfs habe er die Regierung für tadschikische Verhältnisse deutlich kritisieren können. „Seit dem Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt traut sich das niemand mehr. Niemand redet mehr. Die Regierung hat alle mundtot gemacht. Wir leben alle in Angst.“

Wie steht es um die anderen Parteien der außerparlamentarischen Opposition, seitdem die Oppositionspartei der islamischen Wiedergeburt verboten wurde? Ich treffe Shokir Khakimov, den Vizevorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Tadschikistans. Die sozialdemokratischen Parteimitglieder seien in den vergangenen Jahren massivem Druck des Staates ausgesetzt worden. Der Vizevorsitzende erzählt, er und seine Familie könnten seit 8 Jahren keinen Job mehr finden – Zufall sei das nicht. Er hält sich über Wasser, indem er ausländischen Journalisten bezahlte Interviews gibt. Ich zahle ihm 30 Euro für das Gespräch. Seiner Ansicht nach wurde mit dem Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt die letzte Chance auf ein Mehrparteiensystem verworfen. „Die Partei war sehr gemäßigt, hat sich an die Spielregeln gehalten und hat immerhin einen Austausch zwischen religiösen und atheistischen Politikern ermöglicht, das gibt es jetzt gar nicht mehr.“

„Es ist inzwischen sogar verboten, den Namen der verbotenen Partei der islamischen Wiedergeburt zu nennen. Es wird als Propaganda für Radikalismus gewertet. Auch die Zeitungen nennen diesen Namen nicht mehr“, erzählt der Experte Mullahjunov.

„Die Partei der islamischen Wiedergeburt war eine Art Schutzwall gegen Salafisten. Jetzt, wo die Partei verboten wurde, haben wir eine neue Situation, weil die moderaten islamistischen Gruppierungen verschwunden sind und es keinen Widerstand mehr innerhalb des islamisch-islamistischen Lagers gegen die Salafisten gibt“, meint Mullahjunov. Der Sozialdemokrat Khakimov sieht das genauso.

### 5.3 Machtkampf innerhalb der Regierung

In Regierungskreisen hat es im vergangenen Jahr viel Unruhe gegeben. Einige sprechen von einem Machtkampf hinter den Kulissen.

Nicht nur der Chef der Spezialkräfte General Gulmurad Khalimow ist zum Islamischen Staat übergelaufen. Auch hat der ehemalige Vizeverteidigungsminister Abduchalim Nasarsoda mit Verbündeten einen Angriff auf ein Polizeirevier nahe der Hauptstadt Duschanbe verübt. Immer wieder wird mir in Gesprächen berichtet, dass es im Machtapparat einige Politiker geben soll, die dem Islam gegenüber nicht so kritisch eingestellt sind wie der Präsident.

Ich treffe Saimuddin Dustov in einem Hinterzimmer eines Restaurants in Duschanbe. Er ist einer der wenigen unabhängigen Publizisten, die sich noch trauen, Kritik am autokratischen System von Rahmon zu äußern. Dustov finanziert seine unabhängige Zeitung „Negoh“ mit eigenem Kapital. Ende 2016 wird er die Zeitung schließen müssen – weil die Regierung „unglücklich“ ist über dessen Berichterstattung über die verbotene Partei der islamischen Wiedergeburt.

Einen Tag bevor ich Dustov treffe, hat er die Regierung in einem kritischen Artikel beschuldigt, sich zu bereichern – eines der vielen heiklen Themen in Tadschikistan. Dustov scherzt darüber, dass es ihn selbst erstaunt, dass er noch als freier Mann in Duschanbe herumlaufen kann. Vielleicht liege es daran, dass er weiterhin Kontakt habe zu einigen in der Regierung. Auf die Frage, ob Teile der Regierung dem Islam zugeneigt seien antwortet er, dass sich im Umfeld des Präsidenten drei verschiedene Gruppierungen bewegten, die ihn beerben wollten. Dass eine explizit islamisch motiviert sei, könnte man nicht ausschließen, aber Belege dafür habe er nicht.

Auch Dustov bezeichnet das Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt als eindeutig politisch motiviert. „Von der Partei ist nie eine Gefahr ausgegangen, weder für das Volk, noch für den Präsidenten selbst. Aber die Partei hätte gefährlich werden können in dem Moment, wo der Präsident sein Amt auf seine Kinder überträgt. Dann hätte die Opposition sich dem widersetzen können. Das Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt war der Sargnagel für die Freiheit in Tadschikistan.“

## 6. Gefahr durch zunehmende Rekrutierungen

### 6.1 Rekrutierungen des Islamischen Staats in Russland

Afghanischen Quellen zufolge gibt es unter den Taliban und IS neue Gruppen, die aus Tadschikistan kommen.

Die Zahl, dass 700 Tadschiken sich radikalisiert haben, sind laut dem unabhängigen Extremismus-Experten Parvis Mullahjunov glaubwürdig, auch wenn die Regierung sie herausgegeben hat. 80 Prozent der Tadschiken wurden in Russland rekrutiert, das ergeben die Analysen der Regierung im Internet. Die mehr als 700 Rekruten aus Tadschikistan bildeten die größte Gruppe unter den zentralasiatischen Ländern. Die meisten würden über das Internet oder durch persönliche Kontakte rekrutiert, immerhin 30 Prozent würden dann ihre Familien mit nach Syrien nehmen.

Russland sei deshalb ein guter Ort für die Rekrutierung von IS-Kämpfern, weil die Migranten aus Zentralasien dort unter sehr prekären Bedingungen leben würden und die Salafisten dort schon seit der Sowjetzeit einige bedeutende Moscheen kontrollierten, gibt Mullahjunov zu bedenken. Die salafistische Ideologie sei in Russland schon lange verbreitet.

Laut Mullahjunov hat der russische Geheimdienst FSB militanten Salafisten vor allem im Kaukasus geholfen, nach Syrien zu gehen. Das habe sich als eine erfolgreiche, wenn auch höchst fragwürdige Antiterrorstrategie herausgestellt, weil die Zahlen der militanten Islamisten im Kaukasus stark gesunken seien. Aus Tadschikistan sind solche „Antiterrorstrategien“ der Geheimdienste nicht überliefert.

### 6.2 Salafisten in Tadschikistan

Der Experte des Zentrums für strategische Studien unter dem Präsidenten, Sherali Rizoyev gibt sich zuversichtlich, dass das Vorgehen der Regierung Wirkung zeigt: „Die Regierung hat 2009 salafistische Ausprägungen des Islam in Tadschikistan offiziell verboten. Sie hat damit die Kontakte zwischen hanafitischen und salafistischen Islamgelehrten beendet.“ Natürlich bestehe weiterhin eine Gefahr durch Salafisten im Untergrund. „Aber die Regierung geht dagegen konsequent vor, wenn sie Salafisten identifiziert hat. Gleichzeitig geht es auch um Prävention und Aufklärung.“

„Wir wissen, dass es mehrere tausend Salafisten in Tadschikistan gibt. Die Regierung spricht von bis zu 14.000 Salafisten, aber es gibt bislang keine Belege für diese Zahl“, sagt hingegen der unabhängige Islamexperte Par-

vis Mullahjunov. Der unabhängige Politologe Saimuddin Dustov ist da zurückhaltender. Er spricht von rund 1.000 Salafisten in Tadschikistan.

Parvis Mullahjunov hat sich die Strukturen der Moscheegemeinden in verschiedenen Regionen des Landes angeschaut. Bei Freitagsgebeten hat er ganz genau hingehört.

„Es gibt salafistische Gruppen hier, die inoffiziell Moscheen kontrollieren – auch wenn die Regierung behauptet, sie hätte die Moscheen unter Kontrolle. In einigen Moscheen sind dennoch noch Imame, die von den Salafisten instruiert werden. Die Imame geben vor, hanafitisch zu sein, dabei sind ihre Ideen, wenn man ihnen genau zuhört, deckungsgleich mit denen der Salafisten.“

So erkenne man salafistische Imame daran, dass sie sich sehr kritisch über Schiiten und Iraner äußerten. Andere Erkennungsmerkmale seien bestimmte Begriffe, wie der der „Erneuerung“. Wenn Imame all diejenigen Muslime verurteilten, die nicht den fünf Säulen des Islam folgten in ihrem Leben, dann seien sie mit dieser Auslegung wesentlich näher an den Salafisten als am traditionellen zentralasiatischen Islam.

„Man sieht diese Salafisten sogar bei jedem größeren religiösen Event. Viele Imame verstecken ihre salafistische Ausrichtung, aber wenn man persönlich mit ihnen spricht, dann hört man ihre Überzeugung klar durch. Und im Internet kann man viele Videos finden von diesen tadschikischen Imamen, wo sie sich offen äußern und teilweise sogar als militante Islamisten auftreten.“ Ob diese direkte Instruktionen vom Islamischen Staat zur Rekrutierung von Kämpfern bekommen hätten, kann Mullahjunov nicht sagen.

Um mehr darüber zu erfahren, nehme ich über einen Mittelsmann Kontakt auf zu einem regierungskritischen Imam, der entlassen wurde, weil er der Regierung zu radikal war. Wir treffen uns in einem Taxi und fahren am Strand von Varzob herum. „Ich habe am eigenen Leib erlebt, dass wahre, gläubige Imame abgesetzt und mundtot gemacht wurden.“ Sie seien ersetzt worden durch Imame, „die dem Regime nach dem Mund reden.“ Dass einige der abgesetzten Imame salafistisch orientiert sind, kann er nicht bestätigen. Für ihn seien die meisten, neu eingesetzten Imame aber keine „wahren“ Imame. Ob „wahre“ Imame eher salafistisch orientiert sind, will er mir nicht beantworten. Der Imam selbst kennt mehrere Männer aus Varzob, die vom Islamischen Staat für den Kampf in Syrien rekrutiert wurden. Ob seine Predigten auch dazu beigetragen hätten, weist er weit von sich.

Der Menschenrechtsaktivist aus Khujand, dem der Bart zwangsweise abgeschnitten wurde, hat auch nicht den Eindruck, dass sich noch radikale Prediger unter den Imamen befinden. Allerdings gelte das nur für Duschanbe und Khujand. Auf dem Land könnte es durchaus sein, dass sich dort radikalere Imame befänden. In den Moscheen in Khujand und Duschanbe seien



die Freitagsgebete aber auffällig stark von der Regierung beeinflusst. „Die Imame schimpfen ausführlich über die Anhänger der Partei der islamischen Wiedergeburt. Alles, was diese Imame sagen beim Freitagsgebet, ist gegen das gerichtet, was man als Opposition bezeichnen kann. Sie lassen keinen Zweifel daran, dass sie hinter dem System stehen.“

Die Salafisten sind laut Mullahjunov eine kleine Minderheit, wenn auch eine gut organisierte mit einer starken Ideologie. Zum jetzigen Zeitpunkt stellen sie keine ernsthafte Gefahr dar für Tadschikistan. „Das könnte sich allerdings ändern, wenn die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert.“ Und davon geht Mullahjunov aus. Er verweist vor allem auf die sinkenden Zahlen von Arbeitsmigranten in Russland, deren Überweisungen nach Tadschikistan einen beträchtlichen Teil des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Sollten auch in der näheren Zukunft immer weniger Tadschiken in Russland arbeiten können, könnte das die ohnehin schwache tadschikische Wirtschaft existenziell bedrohen. „Die einzige Chance, die die Islamisten meiner Ansicht nach haben, ist eine existenzielle Wirtschaftskrise. Dann wäre ein Szenario vorstellbar wie im Iran. Islamisten könnten unzufriedene Menschen an sich binden und damit eine Art Opposition zur Regierung bilden. Fest steht aber: Militärisch können die Islamisten nicht an die Macht kommen“, sagt Parvis Mullahjunov.

Saimuddin Dustov gibt zu bedenken, dass es der tadschikischen Wirtschaft derzeit so schlecht geht wie in den letzten 25 Jahren nicht. Eineinhalb Millionen Menschen seien arbeitslos, sagt der Wirtschaftsexperte Dustov – und das bei einer Bevölkerung von rund 8 Millionen Menschen. Die Regierung spreche trotzdem weiterhin von nur 5 Prozent Arbeitslosigkeit. Dustov zufolge besteht die Gefahr, dass Islamisten genau diese Wirtschaftskrise für ihre Zwecke instrumentalisierten – und massenhaft Menschen radikalisierten.

### **6.3 Wie werden Tadschiken in Tadschikistan rekrutiert?**

Die Moscheen werden vom tadschikischen Geheimdienst überwacht, meistens auch mit Kameras in und vor der Moschee. Allerdings könnten die staatlichen Institutionen nicht verhindern, dass sich Imame mit ihren Schülern in Privathäusern treffen, meint Parvis Mullahjunov.

Rekrutierungen in Tadschikistan funktionierten anders als in Russland. In Russland würden tadschikische Arbeitsmigranten vor allem in sozialen Netzwerken im Internet angesprochen. Die Rekrutierung erfolge also zuerst übers Internet und dann über persönliche Kontakte. In Tadschikistan hinge-



gen laufe die Rekrutierung fast ausschließlich über persönliche Kontakte. „Wir wissen, dass einige Tadschiken selbst andere Tadschiken rekrutieren. Eine der bekanntesten Figuren ist Gurban Chalov. Er wurde vor drei Jahren festgenommen, weil er IS-Kämpfer rekrutiert haben soll. Er war gut vernetzt in der Stadt Kulob nahe der afghanischen Grenze. Er soll Tadschiken gerade nicht in der Moschee, sondern über seine privaten Netzwerke in der Region rekrutiert haben.“

#### **6.4 Rekrutierung als Geschäftsmodell**

In einigen Fällen kommen rekrutierte Tadschiken aus Russland zurück, die von Islamisten mit Geld ausgestattet wurden, berichtet Parvis Mullahjunov. Für jeden neuen Rekruten in Tadschikistan wird die Person, die rekrutiert hat, bezahlt. Und in diesem Szenario findet die Rekrutierung nicht in der Moschee statt, sondern über persönliche Kanäle.

#### **6.5 Gefahr durch Rückkehrer**

Mullahjunovs Analysen zufolge besteht in Tadschikistan bislang keine Gefahr durch Rückkehrer aus Syrien. „Das ist bislang eine Einbahnstraße. Militante Tadschiken gehen nach Syrien, aber nur ganz wenige kommen zurück.“

„Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass jemand zurückkehrt“, sagt auch Saimuddin Dustov. Auf absehbare Zeit wird sich das Mullahjunov zufolge ändern. Entweder könnte der Islamische Staat seine Strategie ändern und zentralasiatische Kämpfer anweisen, in ihren Herkunftsländern zu kämpfen. Ein zweites Szenario bereite der tadschikischen Regierung ähnlich viele Sorgen: Für den Fall, dass der Islamische Staat vernichtet werden sollte, würden die überlebenden tadschikischen Kämpfer in ihre Heimat zurückkehren und ihre Ideologie dort durchsetzen wollen.

Für diesen Fall hat die Regierung Rückkehrern eine Amnestie in Aussicht gestellt. Der Imam aus Varzob hält das für eine glatte Lüge. „Sie lügen offensichtlich. Niemand, der zurückkommt, wird in sein altes Leben zurückkehren können. Es ist klar, dass Rückkehrer inhaftiert oder sogar getötet werden würden.“ Der Islamismus-Experte Dustov betont: „Die Regierung hat diese Amnestie in Aussicht gestellt, aber sie ist nirgendwo im Gesetz verankert. Man kann also davon ausgehen, dass sie Rückkehrern nicht gewährt wird.“ Bislang habe es kaum Berichte über solche Rückkehrer gege-

ben. „Wenn es sie gibt, dann ist es wahrscheinlich, dass sie in einem Gefängnis wie Guantanamo landen, statt in Freiheit in Tadschikistan zu leben“, vermutet Dustov.

## **7. Gründe für die Rekrutierung von Tadschiken**

### **7.1 Armut und fehlende Bildung**

Als mögliche Faktoren für eine Radikalisierung wird vor allem die weit verbreitete Armut im Land genannt. Mehr als jeder und jede dritte in Tadschikistan lebt noch immer unter der Armutsgrenze. Aber wie überzeugend ist es, Armut als entscheidenden Faktor für die Radikalisierung zu nehmen? Schließlich kann das nicht erklären, warum sich bislang „nur“ rund 700 Menschen in einem so armen Land dem Islamischen Staat angeschlossen haben. Armut allein kann also nicht der Grund sein.

Die Organisation „Search for Common Ground“ beobachtet, dass sich Rekrutierungsversuche über soziale Netzwerke gerade nicht an Unterprivilegierte richten, die meist keinen Internetzugang haben, sondern an verhältnismäßig gebildete junge Menschen. Genau diesen Punkt gibt auch der Extremismusexperte Parvis Mullahjunov zu bedenken.

„Viele Rekruten sind gut ausgebildet und gar nicht arm, einige kommen aus gutsituierten Familien. Aber der Grund, warum sich vor allem viele junge Leute dem Islamischen Staat angeschlossen haben, ist, weil sie Ungerechtigkeit erfahren haben und im IS eine Art neuen Staat sehen, in dem es solche Ungerechtigkeit nicht gibt.“ Auch der Politologe Dustov hält Armut nicht für den alleinigen Grund dafür, dass Tadschiken sich dem Islamischen Staat anschließen.

Das bestätigt der Imam, den ich in Varzob treffe. Im Jahr 2015 wurde er durch einen weniger kritischen Imam ersetzt, seitdem hält er sich mit „Business“, wie er sagt, über Wasser. Er kennt 7 Männer persönlich, die als Kämpfer nach Syrien gegangen sind. Die meisten würden über Russland nach Syrien reisen. Sie seien sehr einfache Ziele für die Rekrutierer in Russland. Armut könne die Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen zu allem bereit seien, aber die entscheidende Motivation sei meistens ideologischer Natur, bestätigt er mir aus eigener Erfahrung. „Vor allem Geschäftsleute oder ehemalige Staatsangestellte schließen sich dem IS an, weil sie sich zu dessen Zielen bekennen oder „humanitäre Hilfe“ leisten wollen“. „Ein Faktor ist also Armut. Der andere ist, dass Gläubige sich aus politischen Gründen radikalisieren. Ihr Glaube wird so stark unterdrückt, dass

sie diese Ungerechtigkeit nicht mehr aushalten – deshalb schließen sie sich dem Islamischen Staat an. Die tadschikische Regierung treibt also Menschen in die Arme der Dschihadisten.“ Interessant daran sei, so der entlassene Imam, dass es nicht unbedingt die Ärmsten in seiner Gemeinde waren. Einige von ihnen seien Staatsangestellte gewesen, die für die Polizei und Sicherheitsbehörden gearbeitet hätten. „Sie waren Teil des Systems, aber konnten es nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren, dass hier so viele Ungerechtigkeiten passieren, deshalb sind sie nach Syrien gegangen.“

Unter ihnen ist auch Gulmorod Khalimov. Khalimov war Kommandeur der OMON-Eliteeinheit, die dem tadschikischen Innenministerium untersteht. Khalimov hat unter anderem an Weiterbildungen in den USA teilgenommen. Mehrfach war er Teilnehmer des Diplomatic Security/Anti-Terrorism Assistance Programm des amerikanischen Außenministeriums. Im April 2015 ist er aus Tadschikistan verschwunden, einen Monat später erschien auf mehreren Videoplattformen ein Video, das ihn in Syrien zeigen soll. Das Video zeigt einen Mann, der mit einem Maschinengewehr an einem Baum sitzt, um seinen Kopf hat er ein schwarzes Tuch gebunden. „Ihr seid zu Sklaven Russlands geworden, aber ihr müsst die Sklaven Allahs sein. Kommt zum Dschihad, kommt zum IS.“ Anschließend droht der ehemalige Kommandeur der Eliteeinheiten, bald nach Tadschikistan zurückzukehren und dort die Scharia durchzusetzen. Diese Drohung wiederholt er im Sommer 2016. In Tadschikistan wird er wegen Hochverrats und militärischer Aktivitäten im Ausland angeklagt. Im August 2016 haben die USA ein Kopfgeld auf Khalimov ausgesetzt über 3 Millionen US Dollar.

Der Islamwissenschaftler Qalamdarf weist daraufhin, dass es unter den tadschikischen Rekruten in Russland einige gäbe, die vorher straffällig geworden seien. „Sie wissen, dass sie sich vor der Verfolgung durch die Justiz in Russland nicht lange verstecken können. Und sie wissen auch, dass sie aus Russland nach Tadschikistan zurückgeschickt werden und in Tadschikistan keine Möglichkeit mehr haben, ein neues Leben aufzubauen. Deshalb sehen sie den Islamischen Staat als einzigen Ausweg, um aus Russland zu fliehen und trotzdem weiterhin Geld zu verdienen.“ Außerdem gibt Qalamdarf zu bedenken, dass sich auch einige Kämpfer aus dem Afghanistankrieg angesprochen fühlen könnten von der Propaganda des Islamischen Staats. Auch der Publizist Dustov hält es für erwiesen, dass ein Teil der Rekruten des Islamischen Staats aus „war dogs“ besteht, also aus Söldnern, die schon in Afghanistan oder Tschetschenien gekämpft haben.

Ein weiterer Grund, den man nicht unterschätzen dürfe, sei die familiäre Verbundenheit, die beispielsweise einen Tadschiken dazu treibt, gemein-

sam mit seinem Bruder in Syrien auf der Seite des Islamischen Staats zu kämpfen.

Ich frage Dustov, ob es stimmt, dass inzwischen auch immer mehr Frauen nach Syrien gehen. „Mit ihren Familien ja. Aber Berichte darüber, dass ganz gezielt Frauen angeworben werden vom Islamischen Staat kann ich nicht bestätigen.“

Auch Parvis Mullahjunov hat nicht davon gehört, dass die Frauen eigenständig nach Syrien gingen. Rund 30 Prozent der männlichen Rekruten nähmen ihre Familien mit. Mit einem Einkommen von 3.000 Dollar pro Monat, die die Kämpfer des Islamischen Staats bekommen sollen, erhofften sie sich für ihre Familie ein gutes Leben in Syrien.

## 7.2 Arbeitsmigration

Schätzungen zufolge arbeitete bis zum vergangenen Jahr jeder siebte Tadschike in Russland. Allerdings hat Russland Anfang 2015 ein neues Migrationsgesetz eingeführt, das obligatorische Sprachtests für die Arbeitsmigranten vorsieht. Außerdem wurde eine Abgabe eingeführt, eine Art Steuer, die die Migranten abführen müssen. Diese neue Gesetzgebung trifft ganz Tadschikistan besonders hart. Denn rund die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes bestanden bisher aus Auslandsüberweisungen von Tadschiken, die in Russland arbeiten. Die Weltbank geht davon aus, dass die Auslandsüberweisungen in nur einem Jahr um 23 Prozent sinken werden.

Wenn man jetzt bedenkt, dass 80 Prozent der tadschikischen IS-Kämpfer offiziellen Angaben der Regierung zufolge zuvor als Arbeitsmigranten in Russland gelebt haben, kann man davon ausgehen, dass diese Zahlen aufgrund der eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten weiter steigen werden. Wie kann man verhindern, dass sich Tadschiken in Russland radikalisieren? Dieser Frage will ich in Kulob im Süden Tadschikistans an der afghanischen Grenze nachgehen.

Die Region ist dafür bekannt, besonders religiös geworden zu sein in den vergangenen Jahren. Außerdem hat sie den Ruf, eine Hochburg für salafistisches Gedankengut zu sein. Jemand der im Bereich Terrorabwehr der UN arbeitet, aber nicht namentlich genannt werden will, erzählt mir, dass man besonders besorgt auf den Süden des Landes schaue. Vom Osten, also der Region um Rasht gehe keine große Gefahr aus, weil der Sicherheitsapparat dort alles unter Kontrolle habe. Im Süden hingegen sei die Gefahr größer, auch weil sich dort salafistisches Gedankengut schleichend ausbreite. Das merke man nicht nur daran, dass die Menschen dort kaum noch Alkohol konsumieren würden. Der unabhängige Extremismus-Experte Parvis

Mullahjunov erzählt mir, dass die Nummer zwei unter den Tadschiken, die in Syrien kämpfen, ursprünglich aus Kulob kommt. „Bevor er nach Syrien gegangen ist, hat er die Hauptmoschee in Kulob besucht und den Predigten von Hadji Mirza zugehört, der offiziell Hanafit ist, aber von Salafisten beeinflusst wurde.“

Ich fahre also zu dieser Hauptmoschee in Kulob, einem eher unauffälligen Moscheebau mit einem großen Schild am Eingang. Es ist leer, gerade ist keine Gebetszeit. Mir wurde geraten, die Moschee nicht zu betreten. Ein Mann erzählt mir am Eingang, dass die Moschee bei den Freitagsgebeten voll würde – weil Hadji Mirza so überzeugend predige. Radikal sei das nicht, aber eben überzeugend. Von Problemen mit Islamisten habe er zwar gehört, aber könne nichts dazu sagen. Damit ist das Gespräch beendet.

Dass die Region hier sehr religiös ist, kann man nicht nur daran ablesen, dass immer mehr Männer zu den Freitagsgebeten in die Moschee von Hadji Mirza kommen, sondern auch daran, dass Alkohol hier schwer zu finden ist. In Supermärkten wird – anders als in anderen Regionen des Landes, kein Alkohol verkauft. Eine Frau, die auf dem Markt arbeitet, erzählt mir, warum: „Die gläubigen Menschen wollten eh keinen Alkohol mehr trinken, und da hat die Provinzregierung beschlossen, den Verkauf von Alkohol zu verbieten.“ Ich frage auf dem zentralen Markt in Kulob herum, ob jemand mir sagen könne, wo man Alkohol kaufen kann. Die meisten schütteln nur den Kopf. Ein aufgeweckt wirkender Mann beschreibt mir relativ diffus einen Laden auf der gegenüberliegenden Straßenseite, der angeblich Alkohol verkauft.

Wie vereinbart treffe ich auf dem Marktplatz von Kulob Saydaliev Dodarbek, der ein Projekt der tadschikischen NGO „Sharvand“ leitet. Die NGO kümmert sich um Frauen, deren Männer in Russland arbeiten. „Nicht selten kommt es vor, dass Frauen plötzlich nichts mehr von ihren Männern hören und dann auch kein Geld mehr geschickt bekommen“, erzählt mir Dodarbek. Ob es daran liegt, dass sie von Islamisten kontaktiert oder sogar rekrutiert wurden, kann er nicht sagen.

Wir fahren aufs Land, zu einer Frau, die bei ihren Schwiegereltern rausgeschmissen wurde, nachdem ihr Mann aus Russland plötzlich kein Geld mehr überwiesen hat. Die Frau und ihre vier Kinder empfangen mich in einem Haus, das noch zur Hälfte Baustelle ist. Nur das Wohnzimmer ist schon fertig gebaut, statt einer Decke haben sie oben Wellblech aufs Dach gelegt, um den Regen abzuhalten. Die Frau erzählt mir, dass sie dieses Haus nur bauen konnten, weil die NGO ihr geholfen habe, einen Kredit zu bekommen. „Vorher haben wir ein Jahr lang dahinten im Kuhstall geschlafen, ich und meine vier Kinder.“ Ernährt haben sie sich von Gemüse aus dem Garten und von seltenen Spenden der Nachbarn. Vorsichtig versuche ich herauszufin-

den, was ihr Mann in Russland gemacht hat und mit wem er Kontakt hatte, nachdem er sich nicht mehr gemeldet hat. Der Frau ist das sichtlich unangenehm, sie möchte nicht darüber reden. Ob sie etwas davon gehört habe, dass Islamisten verstärkt in Russland unter tadschikischen Migranten rekrutieren, frage ich dann. Ja, sagt sie, habe sie, um dann schnell hinzuzufügen: „Ich kenne niemanden persönlich.“

Ich treffe noch weitere Frauen in der Region um Kulob, die mir davon erzählen, dass sie von den Rekrutierungen in Russland gehört hätten. Eine Frau berichtet aufgeregt von einem Fall in der Nachbarschaft, wo ein Mann seiner Frau gesagt habe, dass er in der Türkei einen neuen Job gefunden habe, nachdem er in Russland als Migrant nicht mehr arbeiten konnte. Die Frau sei also mit ihren Kindern und dem Mann aus Kulob Richtung Türkei aufgebrochen. Der Mann hätte behauptet, sie müssten auf dem Landweg über Syrien gehen. In Syrien angekommen, offenbarte der Mann seiner Frau, dass er hier Arbeit gefunden habe, nicht in der Türkei. Unabhängig davon, ob diese Geschichte sich genau so zugetragen hat oder nicht, zeigt sie doch, dass die Menschen hier um das Problem der Radikalisierung wissen.

### **7.3 Einschränkung der Religionsausübung und Unterdrückung der Opposition**

Die inzwischen noch prekäreren Lebensbedingungen der tadschikischen Migranten in Russland können also als ein Faktor für die Rekrutierungen von islamistischen Kämpfern genannt werden. Ein weiterer Faktor könnte die Einschränkung des gemäßigten Islam in Tadschikistan selbst sein.

Für den entlassenen Imam aus Varzob liegt die Schuld für die Radikalisierung von Tadschiken bei der Regierung. Der politische Druck, den der Staat nach dem Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt auf gläubige Muslime ausgeübt hätte, sei der Hauptgrund dafür, dass Tadschiken sich entschieden, für ein „gerechteres“ und islamisches politisches System zu kämpfen. „Der Staat treibt die Gläubigen mit dieser Politik der Unterdrückung in die Arme der Radikalen.“

Der Publizist Saimuddin Dustov sieht das etwas anders. Bislang gebe es keine Belege dafür, dass das Parteienverbot in direktem Zusammenhang mit den Rekrutierungen des Islamischen Staats stehe.

„Wenn eine direkte Verstärkung der Rekrutierungsbemühungen im Umfeld der verbotenen Partei stattgefunden hätte, dann könnten wir das jetzt, also ein Jahr später ablesen an den Zahlen der tadschikischen IS-Rekruten. Es gibt aber keinen Hinweis darauf, dass die Zahlen der in Syrien kämpfenden Tadschiken stark angestiegen sind“, betont Saimuddin Dustov.

Dennoch sei das kein Beleg gegen eine schleichende Radikalisierung im tadschikischen Untergrund.

Der Extremismus-Experte Parvis Mullahjunov verweist darauf, dass es keine neue Situation für die Partei der islamischen Wiedergeburt sei, im Untergrund zu arbeiten. In der Sowjetzeit hätten ihre Anhänger auch überlebt. „Es ist allerdings wahrscheinlich, dass die Partei sich radikalisiert im Untergrund, die Partei sich also spaltet zwischen dem Führer Kabiri und anderen neueren Radikaleren.“

Das Religionskomitee in Duschanbe verteidigt das Vorgehen der Regierung. Die Behörde ist beim Präsidenten angesiedelt. Sicherheit und Stabilität könnte man nur herstellen, wenn man die Religion besser unter Kontrolle halte als früher, verteidigt das Komitee die Politik der Regierung. Und mehr noch: Man würde der Radikalisierung entgegenwirken – und sie nicht fördern. Das Religionskomitee leiste Aufklärungsarbeit und bleibe auch mit religiösen Vertretern im Gespräch. Bei Runden Tischen oder Diskussionen in Schulen kläre es die Menschen auf über die Gefahren von Terrorismus.

## **8. Gefühle vs. reale Bedrohung in Tadschikistan**

Wie denkt die tadschikische Bevölkerung in den unterschiedlichen Landesteilen über die Bedrohung durch Islamisten und Terroristen? Im Osten und im Zentrum des Landes scheinen die Menschen keine Angst vor einem Terroranschlag zu haben. Mehr Angst haben sie davor, dass das Land schleichend von Islamisten unterwandert wird. Denken die Menschen im Süden Tadschikistans, an der Grenze zu Afghanistan anders über die Bedrohung? Ich plane, mit der von der EU unterstützten BOMNAF-Mission (Border management in Northern Afghanistan) an die afghanische Grenze zu fahren, um mit Menschen vor Ort über die Bedrohung durch die Taliban und andere Extremisten zu sprechen. Das Vorhaben scheitert leider daran, dass mir die Erlaubnis dazu fehlt. Also treffe ich den Kommandeur der Mission in Duschanbe, William Lawrence, der seit über 12 Jahren hier lebt. Er erzählt mir, dass sich die Sicherheitslage an der Grenze in den vergangenen Jahren nicht verschlechtert habe. Es gebe immer wieder Feuergefechte zwischen Angreifern und afghanischen Grenzposten, die tadschikischen Grenzposten seien dabei nicht beteiligt. Die Taliban hätten weder die finanziellen noch militärischen Mittel dazu, die tadschikische Grenze anzugreifen. Die Angst vor einem Angriff der Taliban sei zwar in den Köpfen der Menschen im Süden tief verankert, faktische Hinweise darauf gebe es zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht. Die größte Gefahr besteht laut Lawrence nicht darin, dass Extremisten die Grenze angreifen, sondern Drogendealer. Die Drogenkri-



minimalität sei das eigentliche Problem in Tadschikistan, meint der Kommandeur.

Auf meinem Trip nach Kulob mache ich einen Abstecher Richtung afghanische Grenze. 20 km vor der Grenze werden wir an einem Militärcheckpoint angehalten und zurückgeschickt, weil uns die nötigen Papiere fehlen. In den umliegenden Dörfern komme ich mit einigen Frauen ins Gespräch. Schnell wird klar, dass die meisten hier nicht etwa vor einer schleichenden Islamisierung im Land selbst Angst haben, sondern davor, dass Kämpfer der Taliban oder anderer extremistischer Gruppen die Grenze angreifen oder unbemerkt überqueren könnten.

„Diese Angst ist unbegründet“, sagt Sherali Rizoyev, Politikwissenschaftler des Zentrums für strategische Studien unter dem Präsidenten Tadschikistans. „Man kann sich gefahrlos im Land bewegen, man kann sogar problemlos an der Grenze zu Afghanistan entlang fahren, nichts wird passieren“, sagt der regierungsnahen Experte. Die Grenze sei sicher. Und auch in anderen Landesteilen bestehe keine Gefahr von islamistisch motivierten Anschlägen. „Meiner Meinung nach wird diese Angst vor Anschlägen aber gezielt von Islamisten geschürt, die eine Art Informationskrieg führen wollen in Tadschikistan. Wenn man sich aber die Sicherheitslage anschaut, dann sieht man, dass das Militär die Lage unter Kontrolle hat“, bekräftigt Rizoyev.

Etwas differenzierter sieht das der unabhängige Politikwissenschaftler Saimuddin Dustov. Er zählt die Vorgehensweisen von islamistischen Attentätern auf: Selbstmordattentate, Bombenanschläge und bewaffnete Angriffe auf militärische oder staatliche Einrichtungen. Bislang habe es ein Selbstmordattentat gegeben. „Der Attentäter, der sich 2010 in Khujand in die Luft gesprengt hat, hatte keine Verbindung zum Islamismus“, sagt Dustov. Desweiteren habe es zwei Angriffe gegeben, aber diese seien auch nicht eindeutig als islamistisch zu bezeichnen. „Wenn man bedenkt, dass die Vorbereitung und Ausführung eines Bombenattentats nur 500 Dollar kostet, dann ist es schon erstaunlich, dass es bislang kein solches in Tadschikistan gegeben hat.“

„Die Tatsache, dass es dem Islamischen Staat gelingt, Tadschiken zu rekrutieren, sollte einen nicht zu dem Fehlschluss bringen, dass Islamismus und Radikalisierung eines der größten Probleme der tadschikischen Gesellschaft sind.“

## 9. Handlungsoptionen für die tadschikische Regierung

Sherali Rizoyev, der Experte des Zentrums für strategische Studien unter dem Präsidenten Tadschikistans, lobt, dass die Regierung effizient gegen Islamisten oder potentielle Bedrohung durch Islamisten vorgegangen



sei – und dazu habe auch das Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt gezählt. Das für Religionspolitik zuständige Religionskomitee rechtfertigt die Einschränkung der Religionsfreiheit damit, dass sie die Jugend auf den rechten Weg bringen müsse. Sie bezieht sich dabei auf den Präsidenten, der davor gewarnt hat, dass junge Menschen nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen könnten, wenn sie nur noch in die Moschee gingen. Sowohl das Religionskomitee als auch der Analyst Rizoyev betonen, dass die Regierung die Stabilität des Landes sicherstellen müsse – und da sei die Regierung auf einem sehr guten Weg.

Der unabhängige Experte Parvis Mullahjunov sieht das anders. Die Regierung müsste Mullahjunov zufolge ihre Antireligionspolitik grundlegend ändern. Zum Beispiel müsse sie Frauen und Minderjährigen erlauben, in die Moschee zu gehen. „Gleichzeitig müssten sie salafistische Gruppierungen besser überwachen, dafür müssten sie aber wissen, wie man Salafisten von Nicht-Salafisten unterscheidet, das heißt, die staatlichen Sicherheitsorgane bräuchten eine religiöse Ausbildung, um die überzeugten Salafisten erkennen zu können.“ Außerdem wäre es Mullahjunov nach sinnvoll, Salafisten rigoros zu bestrafen, mit hohen Gefängnisstrafen. Andere, die keine überzeugten Anhänger von salafistischen Gruppen sind, die aber zu deren Gebeten gehen, sollten die Möglichkeit bekommen, zu einem moderaten Islam zurückzufinden. Ein besonderes Augenmerk solle die Regierung auf die bereits inhaftierten Islamisten legen. „Sonst werden die Gefängnisse zu Universitäten für Islamisten.“

## 10. Einfluss von Regionalmächten in Tadschikistan

Ein für Tadschikistan relativ neues Phänomen sei die negative Einstellung den Schiiten gegenüber, bemerkt Parvis Mullahjunov. Menschen in Tadschikistan seien zunehmend kritisch gegenüber iranischem Schiitentum, obwohl es kaum Schiiten in Tadschikistan gibt. Mullahjunov hat beobachtet, dass Imame seit einigen Jahren sehr offen gegen iranisches Schiitentum predigen.

Das geht laut Mullahjunov zurück auf den Einfluss von Saudi-Arabien in Tadschikistan. „Saudi-Arabien fokussiert sich sehr stark auf anti-iranische Propaganda in Tadschikistan. Ich halte das für sehr gefährlich, weil der Schiitische Islam nicht gefährlich ist für die Sunniten, aber die Ideologie der saudischen Wahhabiten kann sehr gefährlich werden.“ Im Klartext heißt das: „Die saudische Regierung stärkt die Position der Islamisten in Tadschikistan.“

Die Saudis haben laut Saimuddin Dustov direkt nach Ende des Bürgerkriegs versucht, den islamischen Klerus in Tadschikistan zu beeinflussen. Vor allem die saudische Botschaft und Stiftungen, die gute Kontakte zu Botschaftsangestellten hatten, haben systematisch ein Netzwerk aufgebaut von konservativen Imamen, die vor allem auf dem Land leben. Ab 2008 sollen die Saudis dann einen Informationskrieg gegen die Iraner gestartet haben in Tadschikistan, berichtet Dustov. „Die Regierung ist nicht vorbereitet auf diese saudische Propaganda. Und das ist nicht nur in Tadschikistan der Fall, sondern in ganz Zentralasien. In Kirgistan ist ‚Jammat-e Tabliq‘ eine Propagandaplattform für saudischen Wahhabismus. Die kirgisische Regierung hat die islamische Missionierung leider zugelassen, weil sie liberaler sein wollte als die Tadschiken, aber sie verlieren langsam die Kontrolle darüber.“

In Tadschikistan seien solche Organisationen verboten, allerdings begehe die tadschikische Regierung viele Fehler, die zu einem Erstarken der Islamisten führen könnten, zum Beispiel mit dem Verbot der Partei der islamischen Wiedergeburt, aber auch mit dem stillschweigenden Einverständnis der saudischen Aktivitäten im Land. „Wenn die Regierung diese Propagandaaktivitäten der Saudis nicht bald unterbindet, werden sie die Kontrolle verlieren über die religiösen Gemeinschaften in Tadschikistan.“

Der Imam aus Varzob bestätigt, dass auch in seiner Umgebung saudische Aktivitäten zu verzeichnen gewesen seien. „Sie haben Madrasas betrieben, in denen religiöser Unterricht für Tadschiken gegeben wurde – gratis. Aber inzwischen ist das zurückgegangen. Die Regierung hat fast alle Programme ausländischer Akteure, die eine religiöse Agenda hatten, eingeschränkt. Also in meinem Bezirk sind die saudischen Aktivitäten kaum noch sichtbar.“

## **10.1 Russland beunruhigt durch drohende Radikalisierung in Tadschikistan**

Das regionale Sicherheitsbündnis OVKS, in dem sich Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zusammengeschlossen haben, ist besorgt wegen der Lage in Tadschikistan. Russland bereitet unter anderem die teilweise poröse Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan Sorge. Seit dem erneuten Vormarsch der Taliban sei es nicht mehr ausgeschlossen, so die Befürchtung des russischen Präsidenten Putin, dass Kämpfer unbemerkt nach Tadschikistan einsickern und im armen Süden rekrutieren. Auch deshalb helfen Russland, China, die USA und die EU Tadschikistan bei der Sicherung der tadschikischen Grenzen. Russland plant, seine Truppen aufzustocken, auf 9.000 Mann bis 2020.

Sherali Rizoyev, der Experte des Zentrums für strategische Studien unter dem Präsidenten Tadschikistans hält die Präsenz Russlands für gerechtfertigt. „Die Russen bewegen sich im Rahmen der bilateralen Abkommen.“ Dass die Russen sehr besorgt seien wegen einer möglichen Radikalisierung in Tadschikistan beobachtet er seit langem. „Die russischen Medien berichten sehr intensiv über die Gefahr einer drohenden Islamisierung oder einer schleichenden Invasion durch die Taliban. Die westlichen Medien hingegen berichten darüber sehr wenig. Ich glaube, man sollte sich darauf besinnen, was die Wahrheit ist. Und das ist, dass unsere Städte und Dörfer sicher sind.“

Der Vizevorsitzende der Sozialdemokraten Khakimov widerspricht: Dass der Eindruck entstanden sei, eines der größten Probleme Tadschikistans seien Extremisten, sei ein Erfolg russischer Propaganda. „Die vermeintlich starke Radikalisierung in unserer Bevölkerung ist ein Vorwand, damit die russische Politik stärkeren Einfluss hier ausüben kann.“ Auch die Bedrohung durch die Taliban sei nur ein Vorwand der Russen, um ihre Militärpräsenz in Tadschikistan zu erhöhen. „Die Taliban haben weder die militärische Kraft noch das ideologische Ziel, eine Invasion zu starten.“

Bislang hätten die Taliban nicht versucht, die Grenze zu Tadschikistan zu überschreiten, obwohl sie oft nur 50 km entfernt davon Gebiete erkämpft hätten, gibt Saimuddin Dustov zu bedenken. Der entscheidende Faktor sei nun, dass Saudi Arabien die Taliban nicht mehr unterstütze. Dadurch fehlten ihnen schlicht die Kapazitäten, um einen Angriff auf Tadschikistan zu planen.

Schon eher denkbar sei es, dass sich eine regionale Terrororganisation nach dem Bild der usbekischen Hizb ut-Tahrir bildet, die exklusiv aus Tadschiken besteht. Allerdings sieht Dustov dafür nicht den geeigneten Nährboden in Tadschikistan. „Und dass der Islamische Staat über Afghanistan nach Tadschikistan kommt, halte ich für sehr unwahrscheinlich“, sagt der Publizist und Islamismus-Experte Saimuddin Dustov.

## **11. Wie reagieren westliche Regierungen und Institutionen auf die Bedrohung durch Extremisten?**

In Hintergrundgesprächen gehen europäische Diplomaten eher davon aus, dass die akute Gefahr von Terroranschlägen im Land eher gering ist. Trotzdem sehen sie die tadschikischen Rekrutenzahlen mit Besorgnis. Das Vorgehen der Regierung gegen vermeintliche Dschihadisten wird kritisch gesehen, die Partei der islamischen Wiedergeburt war aus Sicht von mehreren europäischen Think Tanks wie der Stiftung Wissenschaft und Politik nicht radikal, sondern gemäßigt und vergleichsweise weltlich. Vor diesem Hinter-

grund wird die Betonung der Bedrohung durch Islamisten als Vorwand gesehen, um konsequent gegen Oppositionelle unabhängig von ihrer Gesinnung vorzugehen.

Die amerikanische Botschaft warnt im November 2016 vor einem möglichen Anschlag „terroristischer Gruppierungen“ im öffentlichen Nahverkehr oder bei Veranstaltungen, ohne zu spezifizieren, wer diese Gruppierungen sind.

In Gesprächen mit Vertretern von europäischen NGOs erfahre ich, dass das Problem der Radikalisierung von vor allem jungen Männern zwar erkannt wurde, aber bislang keine konkreten Projekte zur Terrorismusprävention geplant sind. Das ist auch dem Umstand geschuldet, dass rund 80 Prozent der Rekrutierungen in Russland stattfinden.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf die Wirtschaftsförderung und auf Bildungsprojekte, um Menschen aus der Armut zu helfen und damit indirekt einer potentiellen Radikalisierung der Bevölkerung vorzubeugen.

Die Vereinten Nationen in Tadschikistan unterstützen die tadschikische Regierung dabei, die Counter Terrorism Strategie zu implementieren. Konkret geht es dabei darum, einen besseren Informationsaustausch der Strafverfolgungsbehörden in Zentralasien und Afghanistan zu sichern und die Kooperation mit der INTERPOL Fusion Task Force/ Project KALKAN auszubauen. Wichtig ist dabei auch der Austausch von Daten, um Rekrutierungen über das Internet besser nachvollziehen oder verhindern zu können. Auch soll der gegenseitige Rechtsbeistand ausgebaut werden, um Menschen, die Terrorismus finanzieren, besser ausfindig zu machen und in der Folge bestrafen zu können.

## **12. Bilanz meiner Recherche**

Mit Blick auf den einen versuchten Terroranschlag in Tadschikistan in der nahen Vergangenheit und die Einschätzungen von Experten kann man davon ausgehen, dass die akute Bedrohung durch Terrorismus in Tadschikistan eher gering ist. Ein größeres Problem stellt die strukturelle Bedrohung durch Islamisten dar. Rund 700 Tadschiken sollen laut unabhängigen Experten in Syrien kämpfen. Wie viele Islamisten sich im Land befinden, ist umstritten, die Schätzungen reichen von 1.000 bis 14.000 Mann. 80 Prozent der Rekrutierungen von Islamisten finden derzeit in Russland statt. Es ist zu erwarten, dass die Rekrutierungszahlen ansteigen, weil der Zugang zum russischen Arbeitsmarkt für Arbeitsmigranten aus Tadschikistan erschwert wurde. Die-

ser Gefahr durch Rekrutierung im Ausland wird von tadschikischer Seite aus – zumindest erkennbar – nichts entgegengesetzt.

Das Vorgehen der Regierung gegen Islamisten im Inland ist kritisch zu bewerten. Die Regierung hat in den vergangenen Jahren die Religionsfreiheit sukzessive eingeschränkt und gleichzeitig die teilweise religiös orientierte Opposition marginalisiert. In Gesprächen mit Menschen, die tadschikische Kämpfer des Islamischen Staats persönlich kennen, wurde deutlich, dass gerade die Einschränkung der generellen Religionsausübung ein Grund für die Radikalisierung ist – aus Protest gegen die Regierungspolitik. Insofern kann das Vorgehen der Regierung als kontraproduktiv bezeichnet werden.

Hinzu kommt, dass die Geheimdienste nicht immer genügend geschult sind, um hanafitische Predigten von salafistischen zu unterscheiden, was problematisch ist. Im Süden Tadschikistans können dem Salafismus zugeneigte Prediger weiterhin relativ unbehelligt ihr Gedankengut verbreiten. Unklar ist, inwiefern solche Prediger dabei von saudischen Akteuren unterstützt werden. Während unabhängige Experten davon sprechen, dass Saudi-Arabien ganz gezielt Propaganda gegen Iran betreibt und damit einen radikaleren salafistischen Islam in Tadschikistan fördert, berichten Imame und Gläubige davon, dass der saudische Einfluss in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen ist.

Um Radikalisierungen von vor allem jungen Männern in Tadschikistan zu erklären, reicht der Verweis auf Arbeitslosigkeit und fehlende Bildung nicht aus. Wie meine Recherche gezeigt hat, handelt es sich bei den Rekruten mitunter um gebildete Männer, die Teil des Staatsapparats waren. Dass der Chef der Spezialkräfte, General Gulmurad Khalimow, zum Islamischen Staat übergelaufen ist, ist ein Hinweis darauf, dass es auch im Machtapparat Menschen gibt, die dem Islamismus zugeneigt sind. Es ist also nicht auszuschließen, dass sich innerhalb des Staatsapparats Gruppierungen formieren, die aktiv gegen den Staat arbeiten – und eines Tages auch offen für eine islamistische Ideologie kämpfen wollen.

Es ist denkbar, dass es mittelfristig zu sozialen Unruhen im Land kommt, wenn sich die wirtschaftliche Lage nicht verbessert, wonach es derzeit nicht aussieht. Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit und die seit Monaten schwelende Bankenkrise könnten die Menschen auf die Straßen treiben. Experten gehen davon aus, dass Islamisten derzeit auf ein solches Szenario setzen. Sie könnten versuchen, die Wut der Tadschiken gegen die Regierung zu kanalisieren – und für ihre Interessen zu nutzen. Besonders gefährlich wäre das, weil viele Tadschiken nur über mangelhafte Kenntnisse des Islam verfügen, so könnten sie radikaleren Strömungen auf den Leim gehen, ohne es zu bemerken. Für die Regierung von Präsident Rahmon wäre das fatal.